

NSU-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

CDU FEHLT AUFKLÄRUNGSWILLE

Hat eine in der rechtsextremen Szene vernetzte Zeugin dem NSU-Trio geholfen, den Tatort in Kassel auszukundschaften, an dem Halit Yozgat 2006 ermordet wurde? Diese Frage beschäftigt den NSU-Untersuchungsausschuss, seitdem die Zeugin Corryna G. überraschend ausgesagt hat, dass sie während ihrer Inhaftierung im offenen Vollzug bis kurz vor dem Mord an Halit Yozgat mehrfach dessen Internetcafé aufgesucht hat. Günter Rudolph forderte den Generalbundesanwalt und die zuständigen hessischen Behörden auf, den nun gewonnenen Erkenntnissen nachzugehen. „Wir brauchen



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

GÜNTER RUDOLPH FORDERT WEITERE AUFKLÄRUNG DES KASSELER NSU-MORDS.

Antworten auf die Fragen, woher die Zeugin G. den Tipp für die Besuche des Internetcafés erhielt und von wem die Skizze des Cafés stammt, die im Brandschutt der gemeinsamen Wohnung von Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe

Bönnhardt gefunden wurde.“ Rudolph kritisierte, dass die CDU-Landtagsfraktion noch während der Befragung der Zeugin eine Pressemitteilung mit der Behauptung herausgab, dass diese Vernehmung ‚weder notwendig noch zielführend‘ sei. Beides sei durch die Befragung eindrucksvoll widerlegt worden. Zudem wurde der Opposition vorgeworfen, dass sie Rechtsextremen durch die Befragungen eine Bühne geben würde. „Der Fall G. zeigt, dass diese Befragungen leider notwendig sind. Wir fordern die CDU auf, endlich einen deutlichen Aufklärungswillen zu zeigen.“



FOTO: ©PICT RIDER - STOCK.ADOBE.COM

DOPPELHAUSHALT 2018/2019

VIEL ZU WENIG INVESTITIONEN

Der Entwurf des schwarz-grünen Doppelhaushalts 2018/19 zeichnet sich nach Ansicht von **Norbert Schmitt** durch viel zu niedrige Investitionen des Landes aus. „Die geringe Investitionsquote liegt sogar unter dem Niveau der 90-er Jahre.“ Dabei verfüge der Finanzminister über in der Geschichte Hessens nie dagewesene, riesi-



ge finanzielle Spielräume. „Sie schwimmen in Geld. Angesichts dieser Zahlen ist es keine Kunst, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und sogar Überschüsse zu erzielen.“ Zuvor habe Finanzminister Schäfer in seiner Amtszeit seit 2010 die Landesschulden allerdings um mehr als sechs Milliarden Euro auf 43,89 Milliarden Euro erhöht. Schmitt kritisierte die unzureichenden Mittel für den Wohnungs-

bau, den Straßenbau, den Breitbandausbau und die mangelnde Unterstützung des Landes für die Kommunen. Zum vorgesehenen Stellenzuwachs bei der Polizei, den Schulen und der Justiz und der Finanzverwaltung stellte Schmitt fest, dass in vielen Fällen damit nicht einmal die Kürzungen der vergangenen Jahre aufgefangen würden. Hingegen sei die Stellenexplosion in den Ministerien mit 100 neuen Stellen inakzeptabel.

KITA-GEBÜHREN

SCHNELLSCHUSS STÖSST AUF BEDENKEN

„CDU und Grüne gefährden die Qualität der Kinderbetreuung,



wenn sie nur einen Teil der Eltern für einen Teil der Betreuungszeit von Kita-Gebühren freistellen wollen und sich von den Kommunen die

Hälfte der Rechnung bezahlen lassen. Es rächt sich, dass Schwarz-Grün einen Schnellschuss gemacht hat, um vor der Wahl zu punkten. Es wäre notwendig gewesen, vorher mit den Kommunen und den freien Trägern zu sprechen“, sagte **Gerhard Merz**. In einem Fachgespräch seiner Fraktion seien bereits erhebliche Bedenken der Träger benannt worden.

„ROTE LINIEN“ ZUR AFD

SPD-Fraktionschef **Thorsten Schäfer-Gümbel** hat gefordert,



nach dem Wahlerfolg der AfD bei der Bundestagswahl „rote Linien“ zur rechtspopulistischen Partei zu ziehen. Es dürfe nicht

zugelassen werden, dass die AfD die Diskussionen bestimme. Er gab gleichzeitig zu bedenken: Die Wähler der AfD sollten für ihre Wahl einer rechten Partei nicht aus der politischen Verantwortung entlassen werden.

MIETPREISBREMSE VERSCHÄRFEN

Der wohnungsbaupolitische Sprecher **Michael Siebel** hat eine Verschärfung der Mietpreisbremse ge-



fordert. Siebel sagte: „Wohnen ist ein soziales Grundbedürfnis. Dies



kann nicht allein dem Markt überlassen werden. Mit der von der Großen Koalition eingeführten Mietpreisbremse ist ein notwendiges

Regulativ geschaffen worden.“ Um mehr Wirkung zu entfalten, müssten Ausnahmen von der Mietpreisbremse abgeschafft werden.

MEHR POLIZEI IM BAHNHOFSVIERTEL

Der Frankfurter SPD-Abgeordnete **Turgut Yüksel** hat sich für die Einrichtung der neuen

Polizei-Dienststelle im Frankfurter Bahnhofsviertel ausgesprochen, Innenminister Beuth



habe erst nach langem Bitten aus der Frankfurter Stadtpolitik die Polizei verstärkt.

„Wir danken den eingesetzten Polizisten im Stadtteil für ihre Arbeit. Leider bekommen die Polizisten in Hessen für ihren Einsatz durch die jahrelangen Kürzungen der Landesregierung immer noch nicht die Wertschätzung, die ihnen gebührt“, so Yüksel.

MEHR PARTIZIPATION GEFORDERT

Wahlrechtsausschlüsse für Menschen, die vollständig einer Be-

treuung unterstehen, müssen nach Ansicht von **Lisa Gnadl** überprüft werden „Ihnen automatisch das Wahlrecht abzusprenken,



geht an der Realität vorbei.“ Gnadl sprach sich dafür aus, auf kommunaler Ebene Bürger aus Drittstaaten mit EU-Bürgern gleichzustellen und ihnen das Wahlrecht einzuräumen, um im Lebensumfeld mitentscheiden zu können.

ÄNDERUNG DER WAHLKREISGRENZEN

PARTEIPOLITIK STATT SORGFALT?

Die SPD-Fraktion hat CDU und Grüne vor parteipolitischem Missbrauch bei der geplanten Änderung des Landeswahlgesetzes gewarnt.



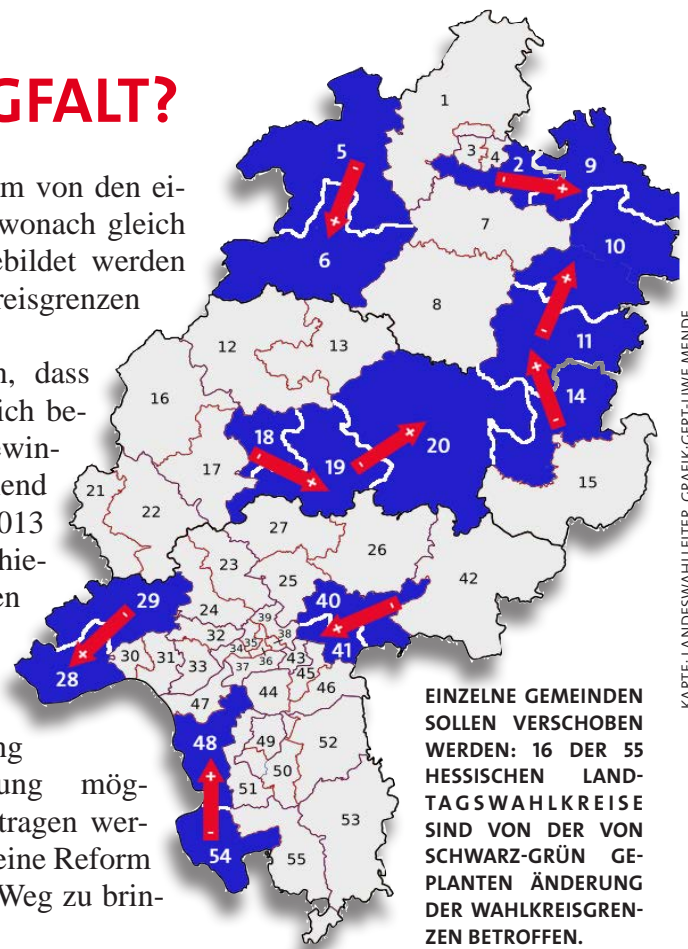
Günter Rudolph erinnerte daran, dass der Innenminister noch im April vorgeschlagen habe, eine Neuabgrenzung von Wahlkreisen erst in der nächsten Wahlperiode vorzunehmen.

Überraschend hätten nun CDU und Grüne ein Gesetz vorgelegt, um die Wahlkreisgrenzen noch vor der Landtagswahl zu ändern. Dieser Gesetzentwurf basiere auf Bevölkerungszahlen zum 31. Dezember 2015, die längst überholt seien, kritisierte Rudolph. Der Gesetz-

entwurf weiche zudem von den eigenen Vorgaben ab, wonach gleich große Wahlkreise gebildet werden sollen, welche die Kreisgrenzen einhielten.

Rudolph zweifelt an, dass die Vorschläge sachlich begründet seien. So gewinne die CDU - ausgehend vom Wahlergebnis 2013 - aufgrund der Verschiebungen künftig den Wahlkreis Hersfeld hinzu.

Die SPD erwarte, dass die Veränderung der Wahlkreiseinteilung möglichst gemeinsam getragen werde. „Jetzt kurzfristig eine Reform in der Form auf den Weg zu bringen, ist fahrlässig.“



KARTE: LANDESWAHLEITER, GRAFIK: UWE MENDE

AUSGLEICH FÜR FLUGLÄRM



Besonders von Fluglärm belastete Kommunen im Umland des Frankfurter Flughafens sollen eine finanzielle Entlastung erhalten. Dies sieht ein Gesetzentwurf der Landesregierung vor.

Für die SPD bleiben noch viele Fragen offen, die **Marius Weiß** im Landtag formulierte.



Angesichts von 43,5 Millionen Euro Fraport-Dividende, die das Land Hessen als Miteigentümer erhalte, sei fraglich, ob die Bereitstellung von 4,5 Millionen Euro ausreichend sei. Die SPD erwarte eine ausführliche Anhörung der betroffenen Städte und Gemeinden.

DEFIZITE BEI INTEGRATION

Mit deutlichen Worten hat **Corrado Di Benedetto** die Integrations- und Antidiskriminierungspolitik des Landes kritisiert.

„Es ist blanker Unsinn, wenn die schwarz-grüne Koalition davon spricht, eine flächendeckende und verlässliche Infrastruktur für Integration in Hessen geschaffen zu haben.“

Die durchdachten Handlungsempfehlungen der Enquetekommission Migration und Integration würden nicht umgesetzt. Das Grundproblem der hessischen Integrationspolitik sei die über alle Maßnahmen schwebende „Projektitis“, die verlässliche und stetige Planung der Träger verhindere.



PFLEGEHILFE ERHALTEN

Die Krankenpflegehilfe ist nach Ansicht von **Dr. Daniela Sommer** ein wichtiger Baustein im Gesundheitswesen. Die Ausbildung habe sich bewährt.

„Wichtig ist die Durchlässigkeit zu erhalten, so dass Hauptschulabsolventen einen Einstieg in den Arbeitsmarkt Pflege ermöglichen bekommen.“

Gerade angesichts des Fachkräftemangels stelle die Krankenpflegehilfe eine wertvolle Assistenz dar. „Sinnvoll ist, die Krankenpflegehilfe als Berufseinstieg bekannter zu machen, um mehr Berufseinsteiger zu gewinnen. Der Bedarf an Pflegekräften wird weiterhin steigen.“



REGIERUNGSERKLÄRUNG ZU SCHULJAHRESBEGINN

NUR BERUHIGUNGSPILLEN VOM KULTUSMINISTER

Die Regierungserklärung von Kultusminister Alexander Lorz (CDU) zur Bildungspolitik war aus Sicht der SPD-Fraktion nur der „Beipackzettel zu einer Packung Beruhigungspillen“. Auf die drängendsten Probleme wie Lehrermangel oder die hohe Anzahl von Lehrkräften ohne pädagogische Ausbildung habe der Minister keine Antworten gegeben, kritisierte **Christoph Degen**.

Er machte deutlich, dass es der SPD um eine andere Schulpolitik gehe. Exemplarisch nannte er den Ausbau

echter Ganztagschulen, die Unterstützung der Kommunen bei der Schulsozialarbeit sowie eine stärkere Lehrerzuweisung nach dem tatsächlichen Bedarf der Schulen. Schwarz-Grün packe nichts richtig an. Der Lehrermangel bleibe über Jahre eine Belastung, Zur Steigerung der Attraktivität des Lehramts an Grundschulen fordere die SPD die gleiche Einstiegsbezahlung aller Lehrkräfte nach der Besoldungsgruppe A13. Das hessische Schulsystem brauche keine Hauruck-Aktionen und



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

CHRISTOPH DEGEN KRITISIERT DAS FEHLEN VON BILDUNGSPOLITISCHEN KONZEPTEN.

Notfallpakete, sondern Verlässlichkeit und klare, vorausschauende Konzepte. „Bildungsgerechtigkeit, Inklusion, Ganztagschulen und Schulsozialarbeit sind nicht von heute auf morgen zu realisieren. Aber es sind klare Ziele, die schrittweise und planvoll umzusetzen sind“, sagte Degen.



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

TSCHÜSS, TIMON!

DIE SPD-FRAKTION HAT TIMON GREMMELS VERABSCHIEDET, DER SEIT 2009 MITGLIED DES LANDTAGS WAR UND ALS ENERGIE- UND UMWELTSPERTE DAS PROFIL DER SPD-FRAKTION GESCHÄRFT HAT. ER VERTRITT AB JETZT ALS DIREKT GEWÄHLTER ABGEORDNETER DEN WAHLKREIS KASSEL IM DEUTSCHEN BUNDESTAG.

MEHR HILFE FÜR TAUBBLINDE

Eine Verdoppelung des Blindengelds für taubblinde Menschen hat die SPD-Fraktion gefordert. **Ernst-Ewald Roth** sagte: „Taubblindheit ist eine Behinderung, die mehr ist als die Summe von Blindheit und Taubheit. Durch die Behinderung beider Sinnesorgane sind die betroffenen Menschen in ihrem Alltag deutlich stärker eingeschränkt als dies für Blinde oder Hörbehinderte gilt. Nur durch Assistenz, die natürlich Geld kostet, kann diesem Kreis geholfen werden, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Darum fordern wir die Verdoppelung des Blindengeldes für die kleine Zahl an Betroffenen in Hessen.“ Es sei sehr schade, dass die schwarz-grüne Koalition den Vorschlag, trotz nur geringer Mehrkosten bislang ablehne.



VIELE FRAGEN ZUR ABSCHIEBEHAFT

Schlechte Informationspolitik hat **Nancy Faeser** der Landesregierung beim Thema Abschiebehaft vorgeworfen. Der Handlungsbedarf sei seit Jahren bekannt. Jetzt habe der Innenminister ohne Beteiligung des Parlaments mitgeteilt, dass die Abschiebungshaft in Darmstadt eingerichtet werde. „Wir sehen beim Gesetzentwurf zum Abschiebungshaftvollzug erheblichen Beratungsbedarf. Von den Grünen, die sich während der Plenardebatte nicht zu Wort gemeldet haben, hätten wir eine humanitäre Regelung erwartet. Denn Abschiebungshaft dient nicht der Strafe, sondern der Sicherstellung der Rückführung. Sie soll sich deshalb in wesentlichen Elementen vom Strafvollzug unterscheiden und letztes Mittel sein.“



Impressum

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Redaktion:
Gert-Uwe Mende
(verantwortlich)
Gerfried Zluga-Buck
Christoph Gehring
Martina Häusl-David
Valeska Fuhr